

Alternative für Deutschland Landesverband Bayern

Antragsbuch
für den Parteitag
am 16./17. Oktober 2021

1. Antrag des Landesvorstands auf Änderung des §3(3) FBO

Antragssteller: Landesvorstand Bayern

Der Landesparteitag möge beschließen,

der neue §3(3) der Finanz- und Beitragsordnung lautet dementsprechend:

„Die dem LV zufließenden Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung gem §10 Abs. 4 Finanz- und Beitragsordnung der AfD werden zwischen dem Landesverband und seinen Untergliederungen aufgeteilt. Dabei werden die Zuweisungen grundsätzlich wie folgt aufgeteilt: die Kreisverbände erhalten 53%, der Landesverband 40% sowie die Bezirksverbände 7%. Nach dem selben Schlüssel werden die Zuflüsse aus der Wahlkampfkostenerstattung verteilt, soweit sie nicht zur Rückzahlung von Darlehen benötigt werden.“

Begründung erfolgt mündlich.

2. Praxisnahe Reform der Satzungsregelung zur Beschlussunfähigkeit von Gebietsverbänden

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 12 Absatz 1 der Satzung des Landesverbandes Bayern wird wie folgt geändert:

Satz 2 (alte Fassung: „Ist eine dieser Vorstandspositionen unbesetzt, gilt der Vorstand als beschlussunfähig.“) wird durch diese neuen Sätze 2 bis 4 ersetzt: „Ist eine dieser Vorstandspositionen länger als drei Monate unbesetzt, gilt der Vorstand als beschlussunfähig. Der Vorstand gilt sofort als beschlussunfähig, wenn weder die Position des Vorsitzenden (Sprechers) noch eine Position eines stellvertretenden Vorsitzenden (Sprechers) besetzt ist. Der Vorstand gilt ebenfalls sofort als beschlussunfähig, wenn weder die Position des Schatzmeisters bzw. Kassenführers noch die Position des stellvertretenden Schatzmeisters bzw. Kassenführers besetzt ist.“

Begründung:

Die bisherige Regelung führt dazu, dass Vorstände von Gebietsverbänden – meistens Kreisverbänden – sehr häufig nach einem Rücktritt des Vorsitzenden, eines stellvertretenden Vorsitzenden oder des Schatzmeisters als beschlussunfähig gelten, was dann durch Eingreifen höherer Gliederungsebenen nach § 12 Absatz 2 behoben werden muss. Dabei verfügen viele dieser Vorstände noch wenigstens über einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen stellvertretenden Schatzmeister und könnten für begrenzte Zeit weiterarbeiten und insbesondere selbst für die erforderlichen Nach- bzw. Neuwahlen sorgen.

Die bisherige Regelung erfüllt das Subsidiaritätsprinzip, nach dem die Problemlösung durch die niedrigste dazu befähigte Ebene erfolgen soll, nicht in ausreichender Weise. Das führt nicht nur zur häufigen Lahmlegung von Vorständen, sondern auch zu erhöhter Arbeitsbelastung der übergeordneten Vorstände.

Die vorgeschlagene Neuregelung soll aber auch künftig unterbinden, dass betroffene Verbände die satzungsmäßige Verpflichtung, für die Mindestbesetzung ihres Vorstandes mit Vorsitzendem, Stellvertreter und Schatzmeister zu sorgen, dauerhaft verletzen. Als Frist für die Neubesetzung vor dem Eingreifen der höheren Gliederungsebene werden drei Monate vorgeschlagen.

Sofort als beschlussunfähig soll ein Gliederungsvorstand aber weiterhin gelten, wenn es weder einen Vorsitzenden noch einen Stellvertreter gibt, bzw. weder einen Schatzmeister noch einen stellvertretenden Schatzmeister.

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle, Mitgl.-Nr. 10573868
Tobias Peterka, Mitgl.-Nr. 2221
Jörg Schäfer, Mitgl.-Nr. 10624314
Andreas Winhart, Mitgl.-Nr. 10592611
Tatjana Zapp, Mitgl.-Nr. 10654499
Clemens Koppe, Mitgl.-Nr. 10645960
Peter Junker, Mitgl.-Nr. 10638321
Werner Meier, Mitgl.-Nr. 1121

Jacqueline Kretschmer, Mitgl.-Nr. 10597201
Roland Klemp, Mitgl.-Nr. 10655952
Oliver Schötz, Mitgl.-Nr. 10641410
Jitka Machyan, Mitgl. Nr. 10640837
Oliver Multusch, Mitgl. Nr. 10605479
Daniel Stanke, Mitgl. Nr. 10599331
Oliver Koller, Mitgl.-Nr. 10647271
Harald Süpfle, Mitgl.-Nr. 10600002

3. Antrag zur Änderung des §3 der Landessatzung Bayern

Antragsteller:

Klaus-Dieter Hammacher

Andreas Reuter Stefan Türke

Mitglieds-Nr.: 10599918

Mitglieds-Nr.: 10623884

Mitglieds-Nr.: 10660807

KV: München-West/Mitte

KV: München-Nord

KV: München-Nord

Antrag:

Es wird beantragt, in der Satzung des Landesverbandes Bayern, §3 (Gliederung) Absatz 1, wie folgt zu ändern:

1. Streichung des dritten Satzes. Dieser lautet in der aktuellen Fassung:

In München besteht jeweils ein Kreisverband in den Grenzen eines Bundeswahlkreises entsprechend der Wahlkreiseinteilung im Jahre 2017.

2. Änderung des vierten Satzes von (aktuelle Fassung):

In Nürnberg besteht die Möglichkeit, jeweils einen Kreisverband in den Grenzen eines Bundeswahlkreises zu haben.

In (neue Fassung):

In Städten mit mehreren Bundeswahlkreisen besteht die Möglichkeit, jeweils einen Kreisverband in den Grenzen eines Bundeswahlkreises zu bilden oder mehrere Bundeswahlkreise zu einem Kreisverband zusammenzufassen. Über die Zusammensetzung der Kreisverbände entscheiden die zugehörigen Mitglieder in Mitgliederversammlungen.

Begründung:

Während aktuell gemäß §3 der Landessatzung Kreisverbände in den Grenzen eines oder mehrerer Landkreise und/oder einer oder mehrerer kreisfreien Städte eingerichtet werden können, wurde für München mit dem dritten Satz eine Sonderregelung festgelegt. Durch diese Festlegung wurde die AfD-München in vier voneinander unabhängige Verwaltungsblöcke aufgespalten.

Nürnberg hat dagegen die Möglichkeit, bei der Einrichtung der Kreisverbände selbständig zu entscheiden. Mit der beantragten Änderung soll eine einheitliche Regelung für alle größeren Städte etabliert werden, die auch zukünftigen Entwicklungen gerecht wird.

Es bestehen speziell in München zurzeit vier unabhängig voneinander agierende Kreisverbände, jeweils mit eigenen Vorstandsschaften, die wiederum jeweils mit bis zu zehn Vorständen bestückt sind. Bis auf die Vorstandsvorsitzenden, die sich bei Bedarf in einer sogenannten „Münchner Runde“ treffen, kennen sich die Vorstandsmitglieder kaum untereinander. Eine übergeordnete von den Mitgliedern legitimierte Führungsstruktur existiert nicht. Gemeinsame, von allen Mitgliedern Münchens getragene Beschlüsse, gibt es außer bei Aufstellungsversammlungen für den Stadtrat, die alle sechs Jahre stattfinden, de facto nicht.

Die AfD der Großstadt München, mit z. Zt. ca. 1,5 Mio. Einwohnern, die zudem wirtschaftlich und strukturell eine enge Symbiose mit den Landkreisen München-Land, Dachau-Fürstenfeldbruck und Starnberg mit insgesamt zusätzlich ca. 450.000 Einwohnern bildet, bedarf einer handlungs- und durchsetzungsfähigen gemeinsamen Führungsstruktur, um allen in diesem Zusammenhang erforderlichen Aufgaben, dem kooperativen Zusammenwirken aller Kräfte und einer effizienten Entscheidungsfähigkeit gerecht zu werden.

Die Wahlergebnisse der letzten Wahlen in der links-grün dominierten Landeshauptstadt (Kommunalwahl: 3,9% / Bundestagswahl: 4,5%) zeigen deutlich, dass noch ein erheblicher Überzeugungsbedarf über die Notwendigkeit der AfD in den Parlamenten bei der Bevölkerung der Stadt München besteht. Hierzu benötigt die AfD ein Gesicht für München.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müsste München seine Kräfte wesentlich stärker bündeln, indem diese zunächst über einen gemeinsamen Kreisverband mit einem für Gesamt-München zuständigen, leistungsfähigen und repräsentativen Vorstand zusammengefasst werden.

Die jetzigen vier Kreisverbände können folglich parallel in Ortsverbände umgewandelt werden, um weiterhin die ortsüblichen Basisaufgaben fortzuführen und um die Umsetzung der Zentralbeschlüsse des Gesamtvorstands im Sinne einer einheitlichen Strategie und Vorgehensweise in den Münchener Stadtteilen und Bezirksausschüssen zu gewährleisten. Auch das Zugehörigkeitsgefühl der Mitglieder wäre damit weiterhin gegeben.

Um für ein solches Vorhaben die Weichen zu stellen, ist zunächst die hiermit beantragte Satzungsänderung erforderlich. Die ausnahmslos München angelegte Satzungs-Fessel, mit der ein starker Kreisverband mit entsprechender Außenwirkung verhindert wird, muss abgelegt werden! Selbstverständlich entscheiden für oder gegen die Realisierung einer neuen Führungsstruktur in München letztlich allein die Mitglieder.

Bitte schaffen Sie mit Ihrer Zustimmung zu diesem Antrag die Möglichkeit, in unserer Landeshauptstadt München eine kraftvolle, repräsentative AfD mit einer über die Landesgrenzen hinaus wirkenden Strahlkraft zu entwickeln. Denken Sie daran, jeden weiteren Prozentpunkt, den wir in München durch eine effiziente Struktur bekommen, wirkt sich für ganz Bayern positiv aus.

Perspektiven:

Weitere Perspektiven eines Kreisverbands München mit einem für die gesamte Stadt zuständigen Vorstand ergeben sich wie folgt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Zentrale Übernahme und Steuerung aller Aktivitäten, wie Wahlwerbung, Mitgliedertreffen, Infoveranstaltungen, Internetpräsenz, Mitgliederwerbung und Spendenakquise.
- Vertretung der spezifischen Münchener Angelegenheiten gegenüber dem Bezirks-, Landes- und Bundesvorstand mit einer von den Mitgliedern legitimierten Stimme.
- Vertretung und rechtliche Durchsetzung von Interessen der AfD München gegenüber Verwaltungsbehörden, Medien, Justiz und uns gegenüber feindlich gesinnten Organisationen.
- Zusammenlegung der Finanzen der vier jetzigen Kreisverbände mit dem Ziel, die Finanzkraft der Münchener AfD zu stärken und zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen. Auch kostenintensivere Vorhaben, wie z. B. der Ankauf einer eigenen Immobilie, müssen nicht außerhalb des Realisierungsspektrums bleiben.
- Wahrnehmung der Funktion eines Bindeglieds zwischen den Münchener Abgeordneten des EU-Parlaments, des Bundestages, des Landtages, des Stadtparlaments und den Münchener AfD-Mitgliedern.

- Zusammenfassung und ggf. Lenkung der Aktivitäten unserer AfD-Vertreter in den Bezirksausschüssen der Stadt München.

- Koordinierung der Interessen und Aktivitäten der AfD München mit den peripheren Kreisverbänden München-Land, Dachau-Fürstenfeldbruck und Starnberg.

Schaffung einer repräsentativen AfD-Zentrale in München (Miete oder Kauf), in der neben den Verwaltungstätigkeiten auch Versammlungen stattfinden könnten.

Schaffung eines Bürgerbüros für unsere Abgeordneten, Stadträte und Vertreter in den Bezirksausschüssen, das auch Mitgliedern des Umlands als zentraler AfD-Anlaufpunkt offen stehen sollte.

- Einrichtung einer Anlaufstelle zur Unterstützung / Hilfestellung unserer Mitglieder in sozialen Angelegenheiten (wir haben Fachkräfte aus Sozialberufen, die sich evtl. einbringen könnten).

Einrichtung einer Anlaufstelle zur Unterstützung / Hilfestellung unserer Mitglieder in rechtlichen Angelegenheiten (wir haben viele Anwälte, die sich vielleicht einbringen könnten).

- Organisation gemeinsamer Treffen und Informationsveranstaltungen für alle Mitglieder Münchens und des Umlands zur Förderung der Gemeinschaft, des gegenseitigen Kennenlernens, des Gedanken- und Informationsaustauschs und der Entwicklung von Synergieeffekten.

Es ist leider nicht von der Hand zu weisen, dass sich zwischen den Kreisverbänden in München vereinzelt mitunter ein eher kontraproduktives Konkurrenzverhalten etabliert hat, dem entgegen zu wirken ist.

- Auch eher marginale Aspekte, wie der Fortfall des zwangsweisen Wechsels des Kreisverbandes, bei einem Wohnungswechsel innerhalb Münchens über die Grenze des Kreisverbandes hinaus, sprechen für die Zusammenlegung der Kreisverbände in München.

Wir bitten die Teilnehmer des Landesparteitages um Zustimmung zu diesem Antrag.

Unterstützer

| Name | Mitglieds-Nr. | Kreisverband |
|-----------------------|---------------|------------------------|
| Helga Sandmann | 10586031 | München-West/Mitte |
| Manfred Lorenz | 10641513, | München-West/Mitte |
| Marlene Fischer | 10645792 | München-West/Mitte |
| Dr. Manfred Neudecker | 10613832 | München-Nord |
| Thomas Rittermann | 10609558 | München-West/Mitte |
| Jürgen Henritzi | 10641292 | Dachau |
| Wolfgang Sidamgrotzki | 10590354 | Garmisch-Partenkirchen |
| Sven Schöndube | 9771 | München-Nord |
| Angela Kraft | 10572665 | München-West/Mitte |
| Margarita Ratcheva | 10639703 | München-West/Mitte |
| Vlastimil Kemr | 10625670 | München-Ost |
| Christian Christoph | 10660296 | München-Ost |
| Margit Kießling | 10652305 | Augsburg-Land |
| René Dierkes | 10655775 | München-Ost |
| Misha Bößenecker | 10616393 | München-Süd |

4. Anträge Sidamgrotzki

Antragsteller:

Wolfgang Sidamgrotzki, KV GAP, Mitgl.Nr 10590354

1) Antrag Landesparteitag Satzung

Änderung der bay. Landessatzung §5 Abs. 4: Ersetzen

Ein Landesparteitag ist grundsätzlich als Mitgliederparteitag durchzuführen. Stehen gesetzliche Ausnahmetatbestände diesem entgegen und oder erlauben Abweichungen von der Satzung, ist eine verbindlicher Mitgliederentscheid darüber durchzuführen ob Abstimmungen elektronisch und/oder per Briefwahl durchzuführen sind. Um bei Wahlen eine Benachteiligung von Bewerbern auszuschließen, sind allen Kandidaten gleichermaßen Vorstellung und Befragungen seitens der Mitglieder zu ermöglichen.

Begründung: Wie der letzte als Delegiertenparteitag bzw. Aufstellungsversammlung gezeigt hat ist der Unmut über die Entmachtung der Mitglieder sehr groß. Außerdem wurde sichtbar, dass durch diverse Gruppenabstimmungen (Seilschaften) der Wille der Basismitglieder nicht zum Tragen kam. Um die Rechte der Mitglieder nicht nochmals zu beschneiden, soll der §5 abs 4 durch o.a. Absatz ersetzt werden.

2) Antrag an den Landesparteitag: neuer Paragraph, einzuführen bei LSG

Bei Anträgen auf Ordnungsmaßnahmen (explizit PAV und Ämtersperren) sind die Kosten, bei Scheitern, durch persönliche finanzielle (mind. 50 %) Haftung zu ersetzen. Sowohl die eigenen wie auch die des Antraggegners

Begründung:

Persönliche Befindlichkeiten bzw. Ausschalten eines vermeintlichen Konkurrenten haben in der Vergangenheit immer wieder zu Anträgen von PAV bzw. Ämtersperre geführt ohne Konsequenzen für den Antragsteller bei Unberechtigter Forderung bzw. Antragstellung, dies soll hiermit ausgeschlossen bzw. vermindert werden, da die Kostenlast ein unabwägbares Risiko darstellt.

Hier wäre ebenso zu überlegen ob nicht grundsätzlich eine Rechtsgebühr für Bearbeitung gefordert werden sollte

3) Antrag an den Landesparteitag § 12 streichen Kalenderjahr;

Ersetzen durch:

Vorstandswahlen haben grundsätzlich spätestens im Dezember zu erfolgen. Bei Versäumen durch Nichteinberufung oder Verhinderung gilt die Amtszeit von diesem Tage an. Konkret,

die 2jährige Amtszeit endet immer im Dezember auch bei Wahlen die erst im März stattfinden und dadurch die 2 Jahre nicht erfüllt werden könnten

Begründung:

Einige Vorstände haben durch Nichteinberufung zu Vorstandswahlen sich eine 3-4 jährige Amtszeit unberechtigt erschlichen. Das soll somit nicht mehr möglich sein.

Diese Anträge werden unterstützt durch den KV GAP als Kreisverband.

Helmut Filser, KV Mitgl. Nr 10593884

Heiner Zann, stv. KV Mitgl. Nr. wird nachgereicht. Zustimmung liegt per E-Mail vor

Martina Zann, Schatzmeisterin Mitgl. Nr. wird nachgereicht, Zustimmung liegt per E-Mail vor

Werner Knaus, koopt. KVV GAP Mitgl. Nr. wird nachgereicht, Zustimmung liegt per E-Mail vor

Andrea Landerer, KV Westallgäu-Lindau oder Alt: KV Oberallgäu Lindau Kempten, Mitgl. Nr: 1062 1988

Dorothe Merlot, KV KV Westallgäu-Lindau oder Alt: KV Oberallgäu Lindau Kempten
Mitgliedsnr: 7809

Axel Keib, Westallgäu-Lindau oder Alt: KV Oberallgäu Lindau Kempten, Mitgl. Nr - wird nachgereicht, Zustimmung liegt per E-Mail vor

Rene Dierkes, KV Mü Ost, Mitgl. Nr. 10655775

Stefan Sidamgrotzki, KV LL, Mitgl Nr.10597271

Thomas Sidamgrotzki, KV GAP, Mitgl.Nr.10595173

Regina Sidamgrotzki, KV GAP, Mitgl. Nr.10595333

5. Anträge KV Weilheim-Schongau

Antragsteller: Kreisvorstand Weilheim-Schongau

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Mut zur Wahrheit

Alle Mitglieder des Landesverbands Bayern sind verpflichtet, dem Landesvorstand über jede von der AfD unmittelbar oder mittelbar vergütete Tätigkeit nach Art und Vergütungshöhe zu berichten und die Meldung jährlich zu aktualisieren. Dies beinhaltet jede haupt-, neben- und freiberufliche Tätigkeit für Bundes- und Landtagsabgeordnete, für Parteigeschäftsstellen und Fraktionen sowie die Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Die Nichtbeachtung der Meldepflicht stellt einen Verstoß gegen die Ordnung der Partei dar.

2. Transparenzgebot

Der Landesvorstand ist verpflichtet, eine Liste dieser Mitglieder zu führen, sie zu aktualisieren und den Kreisvorständen auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Mit der Zunahme an bezahlten Mandaten und Staatssubventionen, die eine Beschäftigung von Parteimitgliedern dort und ebenso in Geschäftsstellen, Fraktionen sowie der Desiderius-Erasmus-Stiftung ermöglichen, entsteht ein Netz von finanziellen Interessen in unserer Partei. Es besteht deshalb die Gefahr, dass zur Absicherung dieser Interessen Ämter auf verschiedenen Organisationsebenen angestrebt werden. Um die hier notwendige Transparenz zu schaffen, ist es erforderlich, gegenüber der Basis durch die beantragten Maßnahmen die gebotene Transparenz herzustellen.

Darüber hinaus erscheint es für die Diskussion zur weiteren Ausrichtung unserer Partei erforderlich, die Versorgung von Teilen unserer Mitglieder mit Staatsmitteln zu beobachten und auch bei Personalentscheidungen zu berücksichtigen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

3. Volksbegehren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag der Bayerischen AfD begrüßt das „Volksbegehren Landtag abberufen!“. Den Parteimitgliedern steht es frei, durch Unterzeichnung der Eintragungslisten oder durch aktives Tun an der Durchführung des Volksbegehrens und einem etwaigen Volksentscheid mitzuwirken.

Begründung:

Der Kampf gegen die Söder-Regierung ist zentrale Aufgabe der AfD Bayern. Als Beispiel führen wir die verfehlte Klimapolitik, Coronapolitik und Energiepolitik an. Verbunden mit der zentralen Forderung, wonach den Bürgern die Teilnahmerechte einer direkten Demokratie nach Schweizer Modell einzuräumen sind, ist es Anliegen der AfD, sich an einem Bündnis zur Abwahl des Landtags und damit der Söder-Regierung zu beteiligen.

Mit der Unterstützung des Volksbegehrens unterstreicht die AfD ihren Willen zur unmittelbaren Bürgerbeteiligung und den Anspruch, die maßgebliche fundamentale Oppositionspartei in Bayern zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

6. Anträge Amon

1. §19 Abs. 3

Hiermit beantrage ich, den § 19 der Landessatzung um nachfolgenden Absatz als Absatz 3 zu ergänzen bzw. neu aufzunehmen:

Die Zahl der Vorstands-Ämter, Mandate und Funktionen, die ein Mitglied zur gleichen Zeit ausfüllt, muss eingeschränkt werden, um eine Machtkonzentration zu vermeiden. Deshalb darf die Summe der Ämter, Mandate und Funktionen fünf nicht überschreiten.

Linda Amon, KV Starnberg, Mitglieds-Nr. 10573786

Unterstützer:

Dr. Wolfgang Dörner, KV Nürnberg, Mitglieds-Nr. 1761

Wilfried Biedermann, KV München-Ost, Mitglieds-Nr. 12972

Jürgen Beisler, KV München-Land, Mitglieds-Nr. 10612462

Andrea Klingen, KV Kitzingen, Mitglieds-Nr. 14142

Wolfgang Sidamgrotzki, KV GAP, Mitglieds-Nr. 10590354

Dr. Rudolf Winter, Mitglieds-Nr. 10491

Andrea Landerer, KV Oberallgäu Kempten-Lindau, Mitglieds-Nr. 10621988

Dr. Jürgen Rössel, KV München-Süd, Mitglieds-Nr. 10638380

Rene Dierkes, KV München-Ost, Mitglieds-Nr. 10655775

Dr. Wolfgang Maison, Mitglieds-Nr. 10592329

2. §19 Abs. 4

Hiermit beantrage ich, den § 19 der Landessatzung um nachfolgenden Absatz als Absatz 4 zu ergänzen bzw. neu aufzunehmen:

In einem Vorstand auf einer beliebigen Ebene (z.B. Orts-, Kreis-, Bezirksebene) dürfen nicht mehr als zwei Personen desselben Haushalts, bzw. nicht mehr als zwei Familien-Angehörige ersten Grades gleichzeitig Amt und Funktion ausüben. Auf diese Weise soll eine Vorstandsinterne Machtkonzentration verhindert werden.

Linda Amon, Linda Amon, KV Starnberg, Mitglieds-Nr. 10573786

Unterstützer:

Dr. Wolfgang Dörner, KV Nürnberg, Mitglieds-Nr. 1761

Wilfried Biedermann, KV München-Ost, Mitglieds-Nr. 12972

Jürgen Beisler, KV München-Land, Mitglieds-Nr. 10612462

Andrea Klingen, KV Kitzingen, Mitglieds-Nr. 14142

Wolfgang Sidamgrotzki, KV GAP, Mitglieds-Nr. 10590354

Dr. Rudolf Winter, Mitglieds-Nr. 10491

Christian Demmel, KV Rosenheim, Mitglied-Nr. 10612073

Andrea Landerer, KV Oberallgäu Kempten-Lindau, Mitglieds-Nr. 10621988

Dr. Jürgen Rössel, KV München-Süd, Mitglieds-Nr. 10638380

Rene Dierkes, KV München-Ost, Mitglieds-Nr. 10655775

Dr. Wolfgang Maison, Mitglieds-Nr. 10592329

7. Satzungsänderung: § 19 Landessatzung

Derzeit: § 19 Zusammensetzung Landesvorstand Beschäftigungsverhältnis und Abhängigkeiten

(1) Ein Mitglied des Landesvorstandes darf weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten oder Fraktionen im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag, einer politischen Stiftung oder einem anderen stimmberechtigten Vorstandsmitglied stehen.

(2) Ein Abgeordneter im Bundestag, Landtag oder im Europaparlament und ein von ihm beschäftigtes Mitglied dürfen nicht gleichzeitig im Vorstand derselben Gliederung sein. Es gilt eine Übergangsfrist bis zu der Neuwahl des entsprechenden Gliederungsvorstands.

Neufassung: §19 Zusammensetzung Landes-, Bezirks- und Kreisvorstand Beschäftigungsverhältnisse und Abhängigkeiten

(1) Ein Mitglied des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und der Vorsitzende eines Kreisverbandes dürfen weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und der Vorsitzende eines Kreisverbandes darf nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem anderen stimmberechtigten Vorstandsmitglied stehen. Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zu einer Fraktion im Europaparlament, Deutschen Bundestag, Landtag oder einer politischen Stiftung stehen. Für Mitglieder von Bezirks- und Kreisvorständen besteht eine Offenlegungs- und Meldepflicht für obengenannte bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Für Mitglieder des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und des Kreisvorstandes besteht eine Offenlegungs- und Meldepflicht für über sie laufende bezahlte Beschäftigungsverhältnisse von Mitgliedern der Partei.

(2) Ein Abgeordneter im Bundestag, Landtag oder im Europaparlament und ein von ihm beschäftigtes Mitglied dürfen nicht gleichzeitig im Vorstand derselben Gliederung sein. Es gilt eine Übergangsfrist bis zu der Neuwahl des entsprechenden Gliederungsvorstands.

Unterstützer:

Dr. Jürgen Rössel, Mitgl.-Nr.: 1063830,
Dr. Rainer Rothfuß, Mitgl.-Nr.: 10644385,
Margit Kießling, Mitgl.-Nr.: 10652305
Siegfried Ermer, Mitgl.-Nr.: 3751,
Christian Beßler, Mitgl.-Nr.: 10618336,
Wilfried Biedermann, Mitgl.-Nr.: 12972,
Wolfgang Sidamgrotzki, Mitgl.-Nr.: 10590354,
Theo Taubmann, Mitgl.-Nr.: 10573761,
Linda Amon, Mitgl.-Nr.: 10573786,
Dr. Wolfgang Dörner, Mitgl.-Nr.: 1761,
René Dierkes, Mitgl.-Nr.: 10655775,